



II- 8219 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für
Föderalismus und Verwaltungsreform
Jürgen WEISS

A-1014 Wien, Minoritenplatz 3
Tel. (0222) 531 15/2830
Fax (0222) 531 15/2857
DVR: 0000019

Zl. 353.270/24-I/6/92

21. Dezember 1992

3646 IAB

1992 -12- 23

zu 37331J

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Madeleine Petrovic und FreundInnen haben am 5. November 1992 unter der Nr. 3733/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend finanzielle Abdeckung der Leistungen des Österreichischen Roten Kreuzes (ÖRK) gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Was ist nach der EntschlieÙung des Nationalrates am 3.12.1992 konkret geschehen?
2. Welche Schritte werden Sie zur Lösung des oben genannten Problems setzen?
3. Welche Lösungsvorschläge können Sie anbieten?
4. Wie hoch wären die Kosten für die Republik Österreich, wenn das System der Rettungs- und Krankentransporte rein privatwirtschaftlich organisiert wäre?
5. Finden Sie nicht auch, daß die derzeitige Regelung extrem günstig für Österreich ist?
6. Bis wann wird eine kostendeckende Finanzierung durch Gebietskörperschaften und Versicherungsträger gewährleistet sein?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

- 2 -

Zu Frage 1:

Wie ich bereits im Rahmen der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2990/J am 6. Juli 1992 mitgeteilt habe, habe ich im Wege der Verbindungsstelle der Bundesländer angeregt, daß sich die Länder in der durch die Entschlieung E 26-NR/XVII. GP betroffenen Materie einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten sollten. In der Folge hat die Landesfinanzreferentenkonferenz die Frage der finanziellen Absicherung der Aufgaben der anerkannten Rettungsorganisationen im Sinne der Entschlieung zum Gegenstand ihrer Beratungen gemacht.

In einer ersten Gesprächsrunde, die unter dem gemeinsamen Vorsitz von Bundesminister Dr. Ausserwinkler und mir stattfand und an dem Vertreter des sterreichischen Stdtubundes, des sterreichischen Gemeindebundes, des Hauptverbandes der sterreichischen Sozialversicherungsträger, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie der Verbindungsstelle der Bundesländer teilnahmen, wurde die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen, deren erste Sitzung am 15. Juni 1992 stattgefunden hat. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, rechtliche und fachliche Grundlagen zur Umsetzung der Entschlieung zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe hat zunächst einen Fragenkatalog betreffend Aufgaben und finanzielle Grundlagen der anerkannten Rettungsorganisationen erstellt, der diesen zur Stellungnahme übermittelt wurde. Die Beantwortung dieses Fragenkatalogs ist Voraussetzung für die weitere Tätigkeit der Arbeitsgruppe.

Zu den Fragen 2 und 3:

Nach Einlangen aller Stellungnahmen der betroffenen Rettungsorganisationen - ausständig ist z.B. noch die der Johanniter-Unfall-Hilfe - wird als nächster Schritt die Auswertung der äußerst umfangreichen Unterlagen sein. Sinnvollerweise wären darauf aufbauend entsprechende Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Dabei sollen auch Vertreter der privaten Versicherungswirtschaft und der anerkannten Rettungsorganisationen in die Verhandlungen miteinbezogen werden.

- 3 -

Zu Frage 4:

Diese Frage bedarf einer Interpretation: wäre nämlich das System der Rettungs- und Krankentransporte "rein privatwirtschaftlich" organisiert, entstünden für den Bund zunächst überhaupt keine Kosten. Die Höhe eines allfälligen Zuschußbedarfs ist mir aber nicht bekannt. Um diesen auf Grund des derzeitigen Systems zu ermitteln, müßten alle Gemeinden Österreichs befragt werden. Bemerken möchte ich noch, daß die Rettungsorganisationen schon gegenwärtig mehrheitlich privatwirtschaftlich organisiert sind.

Zu Frage 5:

Vom gesundheitspolitischen Aspekt kann gesagt werden, daß das gegenwärtige System auf einem hohen fachlichen und organisatorischen Niveau gut funktioniert. Dies gilt vor allem hinsichtlich der gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienste gemäß den 15a-Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern.

Zu Frage 6:

Die Frage nach einem Zeitpunkt für ein abschließendes Ergebnis der Verhandlungen kann derzeit noch nicht beantwortet werden.

